

Offener Brief an die Innenminister von Bund und Ländern

Sehr geehrte Damen und Herren,

05. Mai 2002

Ich habe die Ehre, Sie im Namen der in der BRD lebenden Roma, begrüßen zu dürfen und Sie über die aktuelle Lage der Roma zu informieren.

Am Vorabend der kommenden Innenministerkonferenz haben Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien große Angst vor einer Abschiebung nach Serbien und in das Kosovo. Die Lage im ehemaligen Jugoslawien ist für Minderheiten wie den Roma katastrophal. Die Aussagen des UNHCR, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe und anderer Hilfsorganisationen über die menschenunwürdigen Zustände im Kosovo zeigen doch ein anderes Bild als es das deutsche Außenministerium tut. Die Situation der in Serbien und Montenegro und im Kosovo lebenden Roma ist unerträglich. Sie sind nicht nur polizeilichen Schikanen und Misshandlungen, sondern auch Übergriffen auf Leib und Leben von Seiten der Bevölkerung ausgesetzt. So suchen selbst jetzt noch unzählige Roma Schutz in Deutschland. Der größte Anteil der Roma befindet sich außerhalb des Kosovo. Die Extremisten haben damit ihr Ziel erreicht. Roma in das nun fast „ethnisch saubere“ Kosovo zu schicken, wird neue blutige und katastrophale Folgen haben, die trotz Kfor nicht zu unterdrücken sein werden.

Die Situation der in der BRD lebenden Roma ist erdrückend. Sie sind zwar außer Lebensgefahr, doch die Unsicherheit, was ihre Zukunft angeht, versperrt ihnen den Weg zu einer wirklichen Integration. Zwei Jahrzehnte sind vergangen, doch ist die Frage ihres Status in Deutschland immer noch offen. Es zeigt sich, dass man die Stimme der Roma immer seltener anzuhören bereit ist. Die Vertreter der Roma haben große Anstrengungen unternommen, was die Lösung der Zukunft ihrer Kinder angeht, und verfolgen ein einziges Ziel: Dass die Roma sich in allen Bereichen der demokratischen Gesellschaft Deutschlands integrieren. Bei dieser mühevollen Arbeit haben lediglich einige deutsche Politiker auf lokaler Ebene den aufrichtigen Wunsch geäußert, die Roma bei der Wahrnehmung ihrer Menschen- und Bürgerrechte zu unterstützen.

Um diesen fehlenden Interesse an den Roma zu begegnen, bedürfen die Roma selbst einer größeren politischen Bildung. Der Mangel an Konsens innerhalb der Roma-Gruppen, die Internationalisierung des Status der Roma in Deutschland im Zusammenhang mit der Frage der Asylpolitik und das Problem der Einwanderung aus Südost- und Mitteleuropa haben dazu geführt, dass ein mangelhaftes Problembewusstsein angesichts der Ungerechtigkeiten beim Asyl-Verfahren vorherrscht.

Ein wesentlicher Punkt für das Selbstverständnis der Roma ist, dass sie sich als „Volk ohne Heimat“ sehen. Sie haben sich immer ihrer nächsten Umgebung angepasst – versucht, Wurzeln zu schlagen. Eine Heimat haben sie jedoch nie gefunden, da sie immer vor dem Hass der Bevölkerung und vor Kriegen flüchten mussten. Aus diesem Hintergrund ist auch die Theorie vom angeborenen Wandertrieb der Roma Unfug. Sie haben nie eine wirkliche Chance bekommen, Wurzeln schlagen zu können – im ehemaligen Jugoslawien werden sie diese Chance ganz sicher nicht bekommen. Sie sind ein Volk ohne Heimat - dies hat die deutsche Politik bislang nicht beachtet, was kein Zufall ist. Vor diesem Hintergrund kann Deutschland die Roma nach geltendem Recht nicht ohne weiteres ausweisen, da es kein entsprechendes Heimatland gibt, wohin man sie ausweisen könnte.

Bei der Entscheidung, die Roma auszuweisen offenbart sich die Einseitigkeit der Politik, zumal den Roma keine Wahl gelassen wird, wohin sie gehen möchten. In der Tat kann die Art, wie man über das Schicksal der Roma entscheidet, als undemokratisch bezeichnet werden, da nicht der geringste Versuch unternommen wurde, mit Vertretern der Roma in einen Dialog zu treten oder sie an Entscheidungen zu beteiligen. Mit Polizeigewalt werden die Roma aus ihren „Heimen“ abgeführt.

Dies zeugt ganz offensichtlich von einer systematischen ethnischen Diskriminierung der Roma in der deutschen Politik.

Was können die EU-Länder tun, um Maßnahmen gegen diese Benachteiligung auf eine rechtliche Grundlage zu stellen und um Rassendiskriminierung zu sanktionieren?

Bislang sind die Roma, die für ihre Rechte kämpfen, enttäuscht vom bisher Erreichten. Daher muss das Erwachen des politischen Bewusstseins bei den Roma in Deutschland begleitet werden, in dem man ihnen hilft, anstatt über sie zu lächeln. Ebenso ist es notwendig, Maßnahmen gegen das Unwissen der Bevölkerung gegenüber dieser Minderheit zu ergreifen. Durch mehr Aufklärung innerhalb der Bevölkerung und durch eine konstruktive Bereitschaft, den Roma zu helfen, kann den Ungerechtigkeiten, die den Roma wiederfahren begegnet werden und so ihre Integration forciert werden.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Roma in Deutschland fordern:

1. Sofortiger Abschiebestopp!
2. Alle Roma, die fünf Jahre in Deutschland sind, sollten ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten. Die anderen eine dreijährige Chance, um sich produktiv für die deutsche Gesellschaft einzusetzen.
3. Die Roma sollen an allen Entscheidungen, die in ihr Leben eingreifen, beteiligt werden.
4. Die Rechte der Roma sollen auch dahingehend gelten, dass ihre Kinder eine Schulausbildung erhalten können.
5. Hilfe beim Aufbau von Einrichtungen im Bereich der Kultur, der Sprache, Folklore sowie Sitten und Bräuchen der Roma.

Mit Dank für Ihre Kenntnisnahme

Dzoni Sichelschmidt

Forum für Roma und Aschkali aus dem Kosovo bei der Gesellschaft für bedrohte Völker
Sprecher des C.I.A.E.R